

René Rudolf  
Bundesjugendsekretär  
des Deutschen Gewerkschaftsbundes

## **DGB-Ausbildungsreport 2010**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Berlin, 1. September 2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte auf drei Punkte im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Ausbildungsreports 2010 der DGB-Jugend eingehen.

Die konservativ-liberale Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag beschlossen: "Ausbildungshemmnisse im Gastgewerbe werden durch ein flexibleres Jugendarbeitsschutzgesetz abgebaut". Mit anderen Worten, das Jugendarbeitsschutzgesetz soll gelockert werden, um beispielsweise die Arbeitszeiten von minderjährigen Auszubildenden im Hotel- und Gaststättengewerbe bis in die Nachtstunden und an Wochenenden zu erweitern.

Schutzvorschriften zu 'Ausbildungshemmnissen' zu erklären, ist eine nicht hinnehmbare Diffamierung des Jugendarbeitsschutzes, der die DGB-Jugend seit diesem Sommer u.a mit einer Postkartenaktion "Hände weg vom JArbSchG" entgegentritt. Die Resonanz auf diese Aktion ist wie erwartet sehr groß und zeigt, dass wir hier den Nerv der Auszubildenden getroffen haben.

Junge Menschen benötigen ausreichend Schutz in der Ausbildung. Aus diesem Grund haben wir uns beim aktuellen Ausbildungsreport die Situation minderjähriger Auszubildender genauer angeschaut.

Grundsätzlich gelten für minderjährige Auszubildende die gesetzlichen Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes, in dem unter anderem festgeschrieben steht, dass Minderjährige nicht länger als 40 Stunden pro Woche arbeiten dürfen und sie für die Berufsschule von der Arbeit freigestellt werden müssen, wobei die Berufsschulzeit auf die Arbeitszeit angerechnet werden muss.

Trotz der weitreichenden gesetzlichen Regelungen gaben 17,4 Prozent der befragten Auszubildenden unter 18 Jahren an, durchschnittlich mehr als 40 Stunden in der Woche zu arbeiten. Das ist laut Jugendarbeitsschutzgesetz nicht zulässig. Zudem muss fast ein Drittel der Minderjährigen (32,4 Prozent) regelmäßig Überstunden machen und nur etwa die Hälfte von ihnen (53 Prozent) erhält dafür einen Freizeitausgleich. Das bedeutet, dass viele minderjährige Auszubildende deutlich länger arbeiten müssen, als es das Jugendarbeitsschutzgesetz erlaubt! Das kann und darf nicht akzeptiert werden!

Erwerbstätige Minderjährige müssen geschützt werden. Ich fordere an dieser Stelle die ausbildenden Betriebe mit Nachdruck dazu auf, die gesetzlichen Bestimmungen einzuhalten, um junge Auszubildende nicht über ein zumutbares Maß hinaus zu belasten!

### **Interessenvertretung**

Auch zur Unterstützung in solchen Fällen gibt es für die Auszubildenden betriebliche Interessenvertretungen, feste Ansprechpartner bei Problemen. Wie wichtig Betriebs- und Personalräte und Jugend- und Auszubildendenvertretung jedoch auch für die Ausbildung sind, lässt sich an der Gesamtzufriedenheit der Auszubildenden mit und ohne Interessenvertretung ablesen. So lässt sich feststellen, dass mit 82,5 Prozent deutlich mehr Auszubildende, die auf eine betriebliche Interessenvertretung zurückgreifen können, „sehr zufrieden“ oder „zufrieden“ mit ihrer Ausbildung sind, als Auszubildende, die nicht durch eine Interessenvertretung unterstützt werden und von denen lediglich 62,7 Prozent diese Angabe machten. Im Umkehrschluss ist die Anzahl der „unzufriedenen“ und „sehr unzufriedenen“ Auszubildenden ohne Interessenvertretung dreimal so hoch, wie in Betrieben mit Interessenvertretung. Wenn im Betrieb Mitbestimmung gelebt wird, so fördert dies in großem Maße die Ausbildungsqualität und die Identifikation der Auszubildenden mit dem Unternehmen.

Wir sehen in diesen Bewertungen ein ganz klares Votum für betriebliche Mitbestimmung von Auszubildenden in ihren Betrieben und hoffen, dass zu den Wahlen der Jugend- und Auszubildendenvertretungen ab dem 1. Oktober 2010 viele Kolleginnen und Kollegen kandidieren und wir so zu noch mehr Jugend- und Auszubildendenvertretungen kommen.

### **Übernahme**

Für die Zufriedenheit der Auszubildenden in ihren Unternehmen ist aber auch die Übernahmesituation im Betrieb von entscheidender Bedeutung. So sind 83,4 Prozent der Auszubildenden, die sicher übernommen werden, „sehr zufrieden“ und „eher zufrieden“, im Gegensatz zu 49,6 Prozent der Auszubildenden, die nicht übernommen werden. Zum Zeitpunkt der Befragung wussten jedoch nur 33,1 Prozent der Auszubildenden, ob sie am Ende ihrer Ausbildung übernommen werden oder nicht. Gut ein Fünftel (20,5 Prozent) der Befragten wusste, dass sie übernommen werden und 12,6 Prozent, dass sie nicht übernommen werden würden. Diese Zahlen zeigen die große Ungewissheit, mit der sich junge Auszubildende beim Eintritt ins Berufsleben konfrontiert sehen.

Dies zeigt sich noch deutlicher in einer weiteren Befragung der DGB-Jugend zu diesem Thema. Im Herbst 2009 wurden knapp 2.000 Auszubildende in ihrem letzten Lehrjahr

befragt, wie es für sie nach erfolgreicher Ausbildung weitergehen würde. Von den Befragten hatten zu dem Zeitpunkt lediglich 36 Prozent eine Übernahmezusage, von denen wiederum nur 38 Prozent unbefristet übernommen werden sollten. Diese Zahlen sind sehr besorgniserregend! Denn durch die schlechte Übernahmesituation sind junge Menschen stärker denn je vom Phänomen der prekären Beschäftigung bedroht. Wir fordern die Arbeitgeber auf, junge Auszubildende nach Kräften zu unterstützen und ihnen eine reelle Chance zu bieten, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen! Gut ausgebildete junge Arbeitskräfte sind darüber hinaus der Schlüssel, um dem drohenden Fachkräftemangel zu begegnen. Die Arbeitgeber haben es selbst in der Hand.

Und lassen Sie mich zum Abschluss noch kurz eine Bemerkung zu Dr. Azubi machen: Die Online-Beratung der DGB-Jugend hat in diesem Jahr bereits 1200 Fragen beantwortet. Bei vielen Fragen der Auszubildenden geht es vor allem um die Ausbildungsinhalte und Arbeitszeiten. Fazit: Auszubildende werden zu häufig als billige Arbeitskräfte angesehen und die eigentliche Aufgabe des Betriebs, die fachgerechte Ausbildung rückt in den Hintergrund und wird vernachlässigt. ([www.dr-azubi.de](http://www.dr-azubi.de))